



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 28. Oktober 2015  
(OR. en)

13486/15  
ADD 2

CODEC 1426  
INST 376  
POLGEN 157  
PE 175

### ÜBERMITTLUNGSVERMERK

---

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	28. Oktober 2015
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

---

Nr. Komm.dok.:	COM(2015) 610 final ANNEX 2
Betr.:	ANHANG zur MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN Arbeitsprogramm der Kommission 2016 „Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“

---

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument **COM(2015) 610 final ANNEX 2**.

---

Anl.: **COM(2015) 610 final ANNEX 2**



Straßburg, den 27.10.2015  
COM(2015) 610 final

ANNEX 2

## ANHANG

*zur*

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN  
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND  
DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Arbeitsprogramm der Kommission 2016**

**„Jetzt ist nicht die Zeit für Business as usual“**

## Anhang II: REFIT-Initiativen<sup>1</sup>

REFIT ist das Programm der Europäischen Kommission zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung, mit dem das EU-Recht vereinfacht und Regulierungskosten gesenkt werden sollen, ohne die politischen Ziele zu beeinträchtigen. REFIT trägt somit zu einem klaren, stabilen und verlässlichen Rechtsrahmen bei, der Wachstum und Beschäftigung fördert.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
<b>Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen</b>			
1.	REACH	Gesetzgebungsinitiative / Evaluierung	Die Maßnahmen umfassen eine Durchführungsverordnung der Kommission zur Vereinfachung der Zulassungsverfahren im Rahmen der REACH-Verordnung, eine Durchführungsverordnung der Kommission zu Transparenz und Kostenteilung in den Foren zum Austausch von Stoffinformationen (SIEF) im Rahmen der REACH-Verordnung und die Einleitung einer bis 2017 anberaumten Evaluierung im Hinblick auf die Verpflichtung gemäß Artikel 117 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006, wonach die Kommission bis zum 1. Juni 2017 über die Umsetzung der REACH-Verordnung Bericht erstatten muss.
2.	Einheitliche Eigenerklärung und Standardformulare für die Vergabe öffentlicher Aufträge	legislativ	Durchführungsverordnung der Kommission über die europäische einheitliche Eigenerklärung (die durch die neuen Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu dem Zweck eingeführt wurde, nicht bei jeder Angebotsabgabe erneut Unterlagen beibringen zu müssen). Durchführungsverordnung der Kommission zur Aktualisierung der Standardformulare für Ausschreibungen öffentlicher Aufträge.

<sup>1</sup> Der vorliegende Anhang enthält eine Liste neuer Initiativen, die 2016 umgesetzt werden sollen und nicht in Anhang I angeführt sind. Die Einträge ergänzen jene der aktuellsten Version des REFIT-Anzeigers: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/better\\_regulation/key\\_docs\\_en.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/better_regulation/key_docs_en.htm).

<sup>2</sup> Die Angaben zur Art der Initiative sind vorläufig und könnten abhängig von den Ergebnissen einer Folgenabschätzung noch Änderungen unterzogen werden. Die Initiativen „Folgendermaßen nach Evaluierung“ betreffen Fälle, in denen die REFIT-Evaluierung noch andauert und Folgemaßnahmen für 2016 geplant sind, deren Umfang und Art jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen. 2016 werden Fahrpläne und Folgenabschätzungen in der Anfangsphase veröffentlicht, um die Öffentlichkeit über die geplanten Folgemaßnahmen zu informieren und die Standpunkte von Interessenträgern einzuholen: [http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/index_de.htm).

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
3.	Aufzugsrichtlinie 95/16/EG	Evaluierung	Die Evaluierung erstreckt sich auf den Anwendungsbereich, die wesentlichen Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen und deren Verknüpfung mit den entsprechenden Konformitätsbewertungsverfahren.
4.	Staatliche Beihilfen: Mitteilung der Kommission über ein vereinfachtes Verfahren für die Würdigung bestimmter Kategorien staatlicher Beihilfen („Mitteilung über das vereinfachte Verfahren“) (2009/C136/03)	Evaluierung	Ziel dieser Evaluierung ist eine Bestandsaufnahme der Entwicklung des Beihilferechts, der Beschlusspraxis und der Erfahrungen mit der Anwendung des vereinfachten Verfahrens. Die Evaluierung dient außerdem der Ermittlung weiterer administrativer und verfahrenstechnischer Vereinfachungen.
<b>Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik</b>			
5.	gezielte Überprüfung der delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission (ökologische Vorrangflächen)	legislativ	Überarbeiteter delegierter Rechtsakt/Durchführungsrechtsakt im Anschluss an die Evaluierung der Kommission im Hinblick auf die Erfahrungen mit der Umsetzung der ökologischen Vorrangflächen im Sinne der delegierten Verordnung (EU) Nr. 639/2014 der Kommission nach dem ersten Jahr der Anwendung. Initiative im Rahmen der Vereinfachung der GAP.
6.	EU-Naturschutzrecht	Folgemeasures nach Evaluierung	Folgemeasures nach der Eignungsprüfung der Richtlinie 2009/147/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und der Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.
7.	Verordnung über das Europäische Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister (E-PRTR)	Folgemeasures nach Evaluierung	Diese Initiative würde auf eine Evaluierung im Rahmen des REFIT-Programms der Kommission und einen Bericht über die Anwendung der E-PRTR-Verordnung im Zeitraum 2010 bis 2013 folgen.
8.	Richtlinie über die Kraftstoffqualität	Folgemeasures nach Evaluierung	Diese Initiative würde auf die Ergebnisse der REFIT-Evaluierung folgen.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
9.	Initiative zur Umweltberichterstattung	Evaluierung	Eignungsprüfung, um Möglichkeiten zur Vereinfachung und Verringerung der Berichtspflichten zu ermitteln, die sich aus den EU-Umweltvorschriften ergeben, mit dem Ziel, eine moderneres, effizienteres und wirksameres System zur Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften zu schaffen.
10.	Initiative zur Berichterstattung im Rahmen der Energieunion	Evaluierung	Eignungsprüfung / Evaluierung in den Bereichen Energie und Klimapolitik zur Bewertung der Kohärenz und des Verwaltungsaufwands bei den Berichtspflichten.
<b>Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis</b>			
11.	Überprüfung der Prospektrichtlinie	legislativ	Folgemeasures im Rahmen der Kapitalmarktunion nach der REFIT-Evaluierung der Prospektrichtlinie.
12.	Überprüfung der Verordnung über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und der Verordnung über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuFSU)	legislativ	Überprüfung der Verordnung Nr. 345/2013 über Europäische Risikokapitalfonds (EuVECA) und der Verordnung Nr. 346/2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum (EuSEF) im Hinblick auf eine breitere Nutzung dieser Fonds im Rahmen der Kapitalmarktunion, ohne den Anlegerschutz zu verringern. Diese spezialisierten Risikokapitalfonds sind seit 2013 zugelassen, aber nur eine geringe Zahl an EuVECA- und EuSEF-Fonds wurden bisher aufgelegt.
13.	Zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie Gemeinsamer Zolltarif (Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates vom 23. Juli 1987) – Neufassung	legislativ	Das Ziel der Neufassung ist die Anpassung des bestehenden Rechts an den Vertrag von Lissabon. Die Kommission wird außerdem den Verwaltungsaufwand durch eine klarere und besser lesbare Verordnung senken und vereinfachen.
14.	Verbrauchssteuern auf Tabak (Richtlinie 2011/64/EU des Rates) – Überarbeitung	legislativ	Im Anschluss an die Ergebnisse der REFIT-Evaluierung der Richtlinie 2011/64/EU des Rates vom 21. Juni 2011 über die Struktur und die Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren.
15.	Hafenauffangeinrichtungen (Richtlinie 2000/59 des Rates) – Überarbeitung	legislativ	Initiative zur Anpassung der Richtlinie an die umfangreichen Änderungen des MARPOL-Übereinkommens. Die Initiative folgt auf die 2015 durchgeführte REFIT-Evaluierung der Richtlinie.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
16.	Vorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz	Folgemeasures nach Evaluierung / Gesetzgebungsinitiative	Folgemeasures nach der REFIT-Evaluierung der Richtlinie 89/391/EWG des Rates vom 12. Juni 1989 über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Arbeitnehmer bei der Arbeit und 23 damit zusammenhängender Richtlinien, um ihre Wirksamkeit und Effizienz zu erhöhen.
17.	Vorschriften im Nahrungsmittelbereich	Folgemeasures nach Evaluierung	Folgemeasures nach dem Eignungstest für das allgemeine Lebensmittelrecht.
18.	Folgemeasures zum Bericht über die Überprüfung der Rechtsvorschriften im Finanzbereich	Folgemeasures	Die Kommission möchte etwaige Widersprüchlichkeiten, Inkohärenzen und Regulierungslücken und auch unnötige regulatorische Belastungen und andere Faktoren, die sich langfristig negativ auf Investitionen und Wachstum niederschlagen, ermitteln. Im Anschluss an eine Sondierung werden die Kommissionsdienststellen bis Mitte 2016 einen Bericht über die wichtigsten Ergebnisse und das weitere Vorgehen vorlegen.
19.	Richtlinie über Finanzkonglomerate	Evaluierung	Die Richtlinie über Finanzkonglomerate (2011/89/EU zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG) zielt auf die zusätzliche Beaufsichtigung der Unternehmen eines Finanzkonglomerats, d. h. einer Gruppe mit Lizenzen sowohl im Banken- als auch im Versicherungssektor, ab. Sie konzentriert sich auf potenzielle Risiken, die sich aus der Mehrfachbelegung von Eigenkapital ergeben, und auf so genannte Gruppenrisiken (Ansteckungsrisiken, Komplexität der Verwaltung, Risikokonzentration und Interessenkonflikte). Im Rahmen der Evaluierung wird beurteilt, ob die Richtlinie zweckmäßig ist.
20.	nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben zu Lebensmitteln	Evaluierung / Gesetzgebungsinitiative	Mit dieser Evaluierung soll festgestellt werden, ob die geltenden Anforderungen an Nährwertprofile und Angaben zu in Lebensmitteln verwendeten pflanzlichen Stoffen zweckmäßig sind.
21.	Eignungsprüfung der Rechtsvorschriften über den Seeverkehr	Evaluierung	Die Eignungsprüfung wird die Rechtsvorschriften über die Verantwortlichkeiten der Flaggenstaaten, die Hafensaatkontrolle und das Überwachungs- und Informationssystem für den Schiffsverkehr sowie die Richtlinie über Meldeformalitäten umfassen.

Nr.	Bezeichnung	Art der Initiative <sup>2</sup>	Gegenstand und Ziele
22.	Seeleute (Richtlinie 2008/106/EG und Richtlinie 2005/45/EG)	Evaluierung	Die Richtlinie 2008/106/EG legt Mindestanforderungen für die Ausbildung, die Erteilung von Befähigungszeugnissen und den Wachdienst von Seeleuten auf Schiffen der Gemeinschaft fest. Die Richtlinie 2005/45/EG regelt die gegenseitige Anerkennung von Befähigungszeugnissen der Mitgliedstaaten für Seeleute (und ändert die Richtlinie 2001/25/EG).
23.	Richtlinie 91/533/EG über schriftliche Erklärungen	Evaluierung	Richtlinie 91/533/EWG des Rates vom 14. Oktober 1991 über die Pflicht des Arbeitgebers zur Unterrichtung des Arbeitnehmers über die für seinen Arbeitsvertrag oder sein Arbeitsverhältnis geltenden Bedingungen.
24.	Pestizide: Rechtsvorschriften über Höchstgehalte an Rückständen und das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln	Evaluierung	Zweck der Initiative ist die Einleitung einer Evaluierung der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 und der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 sowie die Erfüllung der Verpflichtungen der Kommission gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 (Artikel 82 und 62 Absatz 5) und der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 (Artikel 47), einschließlich der Erstellung von Berichten an das Europäische Parlament und den Rat.
25.	Kraftfahrzeughaftpflicht-Richtlinie	Evaluierung	Evaluierung der Richtlinie 2009/103/EG, die EU-Bürgern dienen soll, die an einem Unfall in einem anderen EU-Land beteiligt sind. Gemäß der Richtlinie erstreckt sich der Versicherungsschutz einer Kfz-Pflichtversicherung grundsätzlich auf die gesamte EU.
<b>Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion</b>			
26.	Statistikpaket	legislativ / nicht legislativ	Das Paket umfasst die Integration von Sozialstatistiken, die Integration von Unternehmensstatistiken (FRIBS) und die Rahmenverordnung zu Agrarstatistiken.
<b>Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte</b>			
27.	Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung (Brüssel IIa)	legislativ	Diese Initiative folgt auf eine Bewertung der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung.